

## **Zum Konflikt zwischen ver.di und GDL in der Tarifeinwanderung 2010 bei der Münchner Verkehrs Gesellschaft (MVG)**

**Teile von ver.di München versuchten die BAG-Entscheidung zur Tarifeinheit zu unterlaufen - sie nimmt die diesbezüglich angestrebte Gesetzesänderung von DGB und BDA, das Streikrecht von Spartengewerkschaften einzuschränken, in ihrer lokalen Tarifpolitik vorweg!**

### **Der Konflikt**

Ende August kämpften die KollegInnen der GDL in Bayern für bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Nahverkehr. Der bayerische Nahverkehrsbereich bei ver.di hatte zuvor - am 20.08.2010 - einen Tarifvertrag mit einem äußerst mageren Gehaltsergebnis und ohne Kampf abgeschlossen. Während der zunächst gemeinsamen Verhandlungen von ver.di und GDL (bzw. dbb) wurde die Forderung der GDL nach Bezahlung der sogenannten „Wege und Wartezeiten“ für die Bus, U- und Straßenbahn-FahrerInnen seitens ver.di absprachewidrig fallen gelassen! Daraufhin trat die GDL umgehend aus der gemeinsamen Verhandlungskommission aus und begann mit ihrem Streik.

Die für diesen Bereich Verantwortlichen von ver.di-München reagierten darauf - wir müssen es leider so sagen - mit einer Hetzkampagne gegen die streikenden GDL-KollegInnen und der GDL insgesamt. In einem Flugblatt von ver.di-München Fachbereich (FB)-Verkehr vom 06.09.2010 wird behauptet, den „Urhebern“ (die GDL) von Gerüchten in der Belegschaft gehe *„es darum, durch gezielte Falschinformationen Unruhe und Missgunst zu sähen“*.

Diese Vorgehensweise wurde dann mit Stasi-Methoden verglichen: *„Die Stasi in der DDR nannte das ‚Unterwandern und Zersetzen‘.“* Und der Schluss dieses Flugblattes lautet: *„Zeitgleich mit diesen Verleumdungen gehen GDL-Funktionäre auf Mitgliederfang und schrecken dabei auch nicht zurück, Kollegen persönlich unter Druck zu setzen.“* Letzteres ohne irgendeinen Beweis für diese Behauptung anzutreten. In einem anderen Flugblatt des FB Verkehr von ver.di München - ebenfalls vom 06.09.2010 - wurde an die angeblich seit Abschluss des Tarifvertrags geltende *„Friedenspflicht“* auch für GDL-Mitglieder erinnert. *„Das gilt grundsätzlich auch für nichtorganisierte Beschäftigte und Mitglieder anderer Gewerkschaften, die Inhalte unserer Tarifeinigung in Anspruch nehmen. Eine Beteiligung an Streiks ist somit rechtlich nicht zulässig.“*

Damit wurde absichtlich und wahrheitswidrig suggeriert, dass nichtorganisierte KollegInnen nicht am Streik der GDL teilnehmen können. Faktisch war das ein Aufruf zum Streikbruch. Weiter wurde auf das *„Recht auf Arbeit“* gepocht: *„Niemand darf von Streikende daran gehindert werden, seine Arbeit aufzunehmen.“* Damit übernahm der verantwortliche ver.di-Funktionär die Aufgaben der Arbeitgeberseite. Wenn ver.di schon nicht streiken wollte, dann hätte sie wenigstens schweigen können, wenn andere KollegInnen um ihre legitimen Interessen kämpfen, statt ihnen in den Rücken zu fallen. Darüber hinaus organisierte ver.di in trauter Einheit mit der SPD-Stadtspitze eine Öffentlichkeitskampagne, um den Streik der GDL zu diffamieren und zu isolieren, was leider überwiegend gelang. Oberbürgermeister Ude meinte gar, der GDL mit Aussperrung drohen zu müssen; eine Maßnahme, die er gar nicht hätte verhängen können, da dies gar nicht in seinem Zuständigkeitsbereich fällt! Teile von ver.di München meinen anscheinend schon heute, ohne dass die genannte Initiative von DBA und DGB - das Streikrecht von Spartengewerkschaften zu beschränken - Gesetz ist, mit einer *„Vogel Friss oder Stirb Politik“* gegenüber der GDL, so handeln zu können, als wäre es schon so wie sie es gerne hätten.

## **Intervention der Münchner Gewerkschaftslinken (mgl)**

Die Münchner Gewerkschaftslinken (alle Kollegen/innen sind in DGB-Gewerkschaften organisiert) verteilte daraufhin ein Flugblatt mit dem Titel "Wer kämpft hat unsere Solidarität" an die Beschäftigten der MVG und die streikenden GDL-KollegInnen. Darin wurde unsere grundsätzliche Solidarität mit den für ihre berechtigten Forderungen streikenden GDL-KollegInnen - unsere Distanzierung von der Hetzkampagne von Teilen aus ver.di gegen die GDL - und eine scharfe Kritik an dem kampflosen Tarifabschluss von ver.di zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig wurden in diesem Flugblatt sowohl die Verantwortlichen von ver.di und der GDL als auch interessierte KollegInnen der Basis beider Gewerkschaften zu einer Veranstaltung mit dem Thema "Ende der Solidarität - Wie weiter mit der Einheit im gewerkschaftlichen Kampf?" eingeladen. Dort sollte die verfahrenere Situation zwischen den gewerkschaftlichen Kontrahenten auf gleicher Augenhöhe diskutiert werden.

Die Reaktionen von offizieller Seite ver.dis auf dieses Flugblatt und auf die Einladung waren äußerst negativ. Erstens sagten die Verantwortlichen bei ver.di eine Teilnahme an der Veranstaltung ab. Zweitens ließen sie eine diffamierende Mitteilung gegen die mgl (bzw. gegen den presserechtlich Verantwortlichen des mgl-Flugblattes) an alle MVG Beschäftigten aushängen. Die GDL und einzelne ver.di Mitglieder, die unser Flugblatt über das Internet erreicht hatte, reagierten positiv - bis äußerst positiv (der Stadtverband München der GDL hatte es auf seine Homepage gestellt, von wo aus es Verbreitung bis in Berliner GDL-Kreise fand).

An der Veranstaltung nahmen ca. 25 KollegInnen teil, davon 14 GDL Kollegen der Basis, ein GDL-Funktionär der Streikleitung (die meisten waren ehemalige ver.di Mitglieder) und ein mit der GDL sympathisierendes (noch) ver.di Mitglied der MVG. In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass in den letzten drei Jahren ca. 300 KollegInnen der MVG von ver.di zur GDL gewechselt sind!

Besonders erschütternd waren die Berichte von GDL-Kollegen auf der Veranstaltung über die Drohungen und Maßregelungen während des GDL-Streiks, die die Verantwortlichen vom Fachbereich Verkehr von ver.di München - in trauter Eintracht mit dem Arbeitgeber - glaubte organisieren zu müssen:

- So wurden MVG-KollegInnen systematisch durch ihre Vorgesetzten antelefoniert und vor der Teilnahme am Streik gewarnt.
- wer in der GDL ist und einen befristeten Arbeitsvertrag hat, würde nicht übernommen werden können (Alle neu-Eingestellten werden befristet eingestellt). Tatsächlich wurden einige Kollegen, die befristet eingestellt waren und gestreikt hatten, nicht übernommen!
- Vorgesetzte drohten einzelnen GDL-KollegInnen die Aussetzung ihrer anstehenden Beförderung an, wenn.....ja wenn, sie entweder in die GDL eintreten bzw. nicht aus der GDL austreten würden (die Beförderung zum Verkehrsmeister ist die einzige Möglichkeit für Fahrer, mehr Geld zu bekommen - Endstufe im Tarifgehalt ist 2.200,- € brutto!).
- Auslagerung des Fahrerbetriebes ohne Tarifvertrag. Diese Privatisierungsdrohung ist zwar nicht neu, aber das sollte den Druck auf die KollegInnen, sich nicht am Streik zu beteiligen, erhöhen. (OB-Ude droht damit schon länger, hatte damit schon früher Streiks verhindert, die Verantwortlichen von ver.di FB Verkehr hatten sich dem immer untergeordnet)

## **Bewertung und bundesweite Bedeutung des Konflikts**

Kein Wunder - ja, nur allzu verständlich bei solchen Machenschaften - ist es, dass die Wut bei vielen GDL-KollegInnen, aber auch (noch!) ver.di-Mitglieder an der Basis groß ist.

Die in ver.di organisierten KollegInnen arbeiten hauptsächlich in Verwaltung und Technik, insofern hat ver.di kein Interesse an Fahrern bzw. daran, deren Interessen zu vertreten.

Entscheidend ist aber, dass diese Auseinandersetzung ein Schlaglicht darauf wirft, wie die für den Verkehrsbereich Verantwortlichen von ver.di-München gegen streikende Spartengewerkschaften wie in diesem Fall der GDL, glauben vorgehen zu können.

Dies könnte, ja soll wohl, bundesweit Schule machen. Diese Vorgehensweise findet seine Erklärung einerseits vor dem Hintergrund der gemeinsamen Initiative von DGB und BDA, das Streikrecht für Spartengewerkschaften einschränken zu wollen und andererseits vor dem Hintergrund der zunehmenden Ablehnung des Antritts von DGB und BDA innerhalb von ver.di.

Von dieser zunehmenden internen Infragestellung des DGB-BDA Antritts bei ver.di bedrängt, scheinen Teile von ver.di München völlig hemmungslos geworden zu sein, wenn es um ihnen unliebsame Bestrebungen anderer bzw. nicht zum DGB gehörenden gewerkschaftlichen Kräfte, wie der GDL geht. Sie stellen die oft kampflöse Tarifpolitik der DGB-Gewerkschaften durch eigene Streiks infrage.

Da gilt die grundlegend notwendige zwischengewerkschaftliche Solidarität überhaupt nichts mehr. Dies lässt in dieser Frage seitens ver.di für die nähere Zukunft nichts Gutes erwarten, zumal Bundeskanzlerin Merkel auf dem BDA-Kongress vor zwei Wochen ankündigte, in der Frage der Einschränkung des Streikrechtes für Spartengewerkschaften bzw. der Tarifeinheit noch in diesem Jahr aktiv werden zu wollen.

Weiterer innergewerkschaftlicher Widerstand tut also dringend Not!

Christiaan Boissevain (mgl)